

92 Jahre nach den Morden in Rieseberg 80 Jahre nach Befreiung der Häftlinge

Vom Erinnern an den Massenmord in Rieseberg (1933) zum Erinnern an die systematische Vernichtung von Menschen durch Arbeit als Häftlinge im Konzentrationslager de Büssing NAG an der Schillstraße (1944/45)

Staatlicher Terror, der Krieg in Europa und die Vernichtung von Menschen durch den deutschen Staat mit einer nationalsozialistischen Regierung hatten ein bis dahin unvorstellbares Ausmaß an Leid und Fassungslosigkeit bewirkt, dass ein Teil der deutschen Nachkriegsgesellschaft – unter der Regie der alliierten Besatzungsmächte – beabsichtigte, eine potentielle Wiederholung unter allen Umständen auszuschließen.

Eine der Maßnahmen bestand darin, das Erinnern und Gedenken an die durch das NS-Regime Verfolgten und Ermordeten zu begehen, ohne dass es dafür ein Konzept für die Art und Weise der Erinnerung gegeben hätte, geschweige ein Konzept, das für die politische Bildung geeignet gewesen wäre. Dafür war in den 50er Jahren die zeitliche Nähe zu dicht, denn während Nazi-Täter, Profiteure und Mitläufer damit beschäftigt waren, unterzutauchen, ihre Spuren zu verwischen und sich ahnungslos gaben, weitere Gruppen versuchten sogar in neuen Rechtsparteien das nationalsozialistische Deutschland wieder „zurückzuholen“, litten Verfolgte i.d.R. daran, oft jahrelang ihre Gesundheit halbwegs wieder herstellen und die Traumata der Verfolgung verarbeiten zu müssen. Das Gros der Bevölkerung sorgte sich mithin um sein alltägliches Überleben.

Gleichwohl ragten seit dieser Zeit in Braunschweig – bis Mitte der 90er Jahre – zwei Gedenkkräme von Anbeginn heraus: Zum einen in Rieseberg im braunschweigischen Landkreis Helmstedt, wo am Pappelhof und dem Käthe-Kollwitz-Heim eine zentrale Arbeiterbegegnungs- und –bildungsstätte des Landes bestand und 1933 zehn Arbeiterbetriebsräte durch braunschweigische SS- und Polizeiverbände ermordet wurden; und zum anderen am Schilldenkmal, das 1837 für Major von Schill und seinen 14 durch die napoleonische Besatzungsregierung hingerichteten Gefolgsleuten errichtet wurde und dort nach dem Zweiten Weltkrieg der Volkstrauertag begangen wurde.

Rieseberg: Am 04. Juli d.J. liegt der Massenmord an den 10 Braunschweiger Betriebsräten und Gewerkschaftern und eine weitere nicht bekannte Person 92 Jahre zurück. Nachdem das Nazi-Regime durch die Alliierten militärisch beseitigt worden war, kamen bereits am 04. Juli 1946 mehrere tausend Menschen in Rieseberg zusammen, um der Ermordeten und der Verbrechen des Krieges, mit dem Deutschland Europa überzogen hatte, zu gedenken. Der Massenmord in Rieseberg bildete den deutlichsten Ausdruck dafür, dass 1933 eine echte Zeitenwende eingesetzt hatte.

Schilldenkmal: Mit der „Neuweihe“ des Schilldenkmals an der Schillstraße am 04. September 1955 nutzte an diesem Ort der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge und die Stadt Braunschweig den Ort, um am Volkstrauertag das Gedenken an die Kriegstoten zu begehen, wobei nach Gründung der Bundeswehr die Veranstaltungen auch militärisch zelebriert wurden.

Zum Volkstrauertag des Jahres 1994 kam es jedoch in Braunschweig jedoch zum Eklat. Aber warum? Und warum erst 1994 also fast 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und fast neun Jahre nach der Neubesinnungsrede von Bundespräsident Weizsäcker?

1. Wie Anfang der 1990er die Gedenkkultur in Braunschweig zu Verfolgungen, Misshandlungen und Morden im NS-Regime aussah

Nach Gründung der Bundesrepublik und einer Verfassung, mit der die Lehren aus Hitlerfaschismus und Krieg grundgesetzlich verankert wurden, sollten die verfassungsrechtlichen Gebote von Menschenwürde, Erziehung zur Demokratie und Engagement für Frieden und Völkerverständigung, mit der die Politik „dem Frieden der Welt zu dienen“ hat, – nach 12 Jahren Terrorherrschaft, kriegerische Politik und Menschenvernichtung – die Grundlage eines neuen Verständnisses von Gesellschaft und Staat werden.

Dafür bedurfte es des Sprechens über das Geschehen, des Verarbeitens der Traumata wie Schuldgefühle und mithin des Erinnerns, um diesen Teil der Geschichte den Überlebenden wie den kommenden Generationen als ein Lernfeld der staatsbürgerlichen Verantwortung vermitteln zu können. Diese Prozesse wiederum konnten keine Privatangelegenheiten sein, sondern bedurften sowohl einer öffentlich sichtbaren Offenbarung als auch einer kollektiven Entwicklung und Pflege – kurz: einer kollektiven Gedächtniskultur.

Diese kristallisierte in den – meist nur größeren – Gebietskörperschaften an den jeweiligen Orten des Geschehens heraus.

So auch in Braunschweig: Hier bildete das Gedenken an die Ermordeten in Rieseberg seit 1946 eine feste Tradition. Im Braunschweiger Land wütete der faschistische Terror seit Beginn der 30er Jahre, massiv forciert durch die SA-Aufmärsche in der Stadt sowie durch den Zusammenschluss der Rechtsextremisten mit den deutsch-Nationalen in der Harzburger Front und unterstützt vor allem durch die braunschweigische Landesregierung. In dieser Stadt sowie in Wolfenbüttel und teilweise dem angrenzenden Umfeld hatte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine starke und auch intellektuell aktionsfähige Arbeiterbewegung entwickelt, die nicht nur den Herzog des Landes überzeugend schon am 8. November 1918 seine Rücktrittserklärung unterzeichnen ließ, sondern auch während der Weimarer Republik mit Dr. Heinrich Jasper (SPD) als Ministerpräsidenten beachtliche Projekte im Bildungswesen oder Wohnungsbau vorweisen konnte. Das wesentliche Kernthema der in Kommunisten und Sozialdemokraten (sowie weiteren Gruppen) gespaltenen Arbeiterbewegung bestand vor allem im Kampf gegen rechtsextremistische und faschistische Parteien und ihre Paramilitärs, mit denen die Arbeiterbewegung bereits vor 1933 wiederholt tödliche Erfahrungen gemacht hatte. Die Betroffenheit hunderter Braunschweiger Familien mit Verfolgungen, Misshandlungen und Ermordung von Familienangehörigen sowie die Demütigung und Einschüchterung hunderter ihrer Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, machte Rieseberg, wo am 04. Juli 1933 zehn Arbeiterbetriebsräte gefoltert und ermordet wurden, zum wichtigsten Erinnerungsort der Braunschweiger, hier vor allem getragen durch die Arbeiterparteien und die DGB-Gewerkschaften. Sie bildeten – neben einem in den ersten Nachkriegsjahren nur minderheitlichen Teil von Intellektuellen – auch das einzige geistige Milieu, in dem überhaupt eine Vorstellung über den Faschismus vorhanden war.

Der Terror gegen Andersdenkende begann jedoch nicht erst 1933, denn tödliche Angriffe auf Nazi-Gegner, und die kamen vorwiegend aus der Arbeiterbewegung, waren bereits vorher an der Tagesordnung. Mit Übergabe des Kanzleramtes an Hitler am 30. Januar 1933 wurden die politischen Gegner vielmehr hemmungslos attackiert. Das Nazi-Regime konstituierte sich 1933/34 durch die zunächst skrupellose durch keine Regel eingeschränkte Terrorisierung und Einschüchterung der politischen Gegner und wurde unmittelbar nach dem Brand des Reichstages staatlich-systematisch forciert. So wie sich das NS-Regime, dass mit Massenmorden 1933 begann und sich im Laufe der 12jährigen Herrschaft in ein Kriegs- und Vernichtungs-Regime wandelte, so wandelte sich auch die Herrschaft des Terrors: Die Vernichtung von Menschen in den Straf-, Konzentrations- und Vernichtungslagern auf der einen Seite und angestrebte Schaffung einer völkisch-arischen Elite auf der anderen Seite offenbarte die Vollendung faschistischer Herrschaft.

Obwohl das NS-Regime seine Auslese- und Vernichtungsmaßnahmen im Laufe seiner 12jährigen Existenz auf viele weitere als minderwertig, unnütz und feindlich definierte Gruppen ausgedehnt hatte, blieben viele Ereignisse für die Öffentlichkeit – nicht nur in Braunschweig – unbekannt oder bildeten ein „Randthema“ für bestimmte Betroffenenengruppen, die kaum auf öffentliches Gehör stießen. Dazu beigetragen hat nicht zuletzt eine antikommunistisch orientierte Politik der Adenauerregierung, unter der Verfolgte oft eine zweite Demütigung oder Diskriminierung erlebten, während Nazitäter eine neue Karriere starteten und mit gut dotierten Pensionsansprüchen ihren Ruhestand genießen konnten. Zwar konnte die Bundesregierung nicht leugnen, dass in Auschwitz u.a. Vernichtungslagern die jüdische Bevölkerung Europas ermordet wurde, doch diente ein allgemein gehaltenes Schuldbekenntnis vor allem dazu, dadurch die Anerkennung vor allem durch den israelischen Staat, und damit die Rückkehr Deutschlands in die Staatengemeinschaft zu befördern, und gleichzeitig die Verantwortung für die Verbrechen allein auf die schwarzuniformierten Verbände Himmlers zu schieben, so dass die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland in kaum einer Stadt als Gegenstand für öffentliche Debatten als notwendig erachtet wurde: Das „Wirtschaftswunder“ konnte somit problemlos auf Leichenbergen aufgebaut werden.

Ereignisse etwa über die Zwangsarbeit ausländischer Frauen und Männer fehlten in der öffentlichen Diskussion völlig. Dass in Braunschweig und der Wolfsburger Region Hunderte von Säuglingen osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen regelrecht zu Tode „gepflegt“ wurden, schien in Deutschland niemandem vorstellbar. Dass Häftlinge, die in den Konzentrationslagern zur Vernichtung in den Gaskammern vorgesehen waren, zuvor noch die Kriegsproduktion in Deutschland steigern sollten, geriet – wie die Häftlinge, die aus dem KZ Auschwitz in Braunschweig bei der der Büssing NAG arbeiten mussten, in "Vergessenheit". Und selbst als ein ehemaliger Häftling aus dem KZ Auschwitz – ermutigt durch den Auschwitz-Prozess 1962 in Frankfurt aufgrund der unnachgiebigen Ermittlungsarbeit des jüdischen Staatsanwalts Fritz Bauer über die Verbrechen in Auschwitz – der jüdische Chronist Adolf Diamant, der ebenfalls als Auschwitz-Häftling mit Hunderten seiner Leidensgenossen in Viehwaggons nach Braunschweig in das Lager an der Schillstraße verfrachtet wurde, um für die Büssing-Werke zu arbeiten, auf juristischem Wege seinen Anspruch auf eine Entschädigung für die unbezahlte Zwangsarbeit erhob, regte sich in der städtischen Gesellschaft nicht einmal dadurch das Interesse an den

Vorgängen in Braunschweig. Der klagende Adolf Diamant wurde stattdessen ein zweites Mal gedemütigt.

Obwohl 1945/46 angesichts der Verbrechen des NS-Regimes von allen Parteien eine grundlegende Neukonzeption von Rechtsstaat und Friedensorientierung in Europa formuliert wurde (besonders drastisch: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen“, Franz-Josef Strauß im Bundestagswahlkampf 1949) wirkt umso befremdlicher, dass nur gut zehn Jahre nach Ende des Hitler-Regimes, am 4. September 1955 ausgerechnet der Braunschweiger Oberbürgermeister Otto Bennemann, der mit seiner Frau Franziska als Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) zunächst im Widerstand in Deutschland gegen das NS-Regime und anschließend vor drohender Verhaftung emigriert war, unter orchestralem Abspielen von Armee-, Flieger- und Parademärschen das 1837 vom Herzogtum Braunschweig zum Andenken an den eigenmächtig gegen Napoleon marschierenden Major von Schill und 14 hingerichteten Soldaten errichteten Denkmal durch eine „Neuweihe“ umwidmete. Diese diente fortan für den Volkstrauertag als Gedächtnisstätte, die der „historischen auch eine gegenwartsnahe Bedeutung“ – so in der von der Stadt Braunschweig herausgegebenen Festschrift – erhalten sollte.¹ Inhaltlich werden in der Festschrift auf 24 Seiten die soldatischen Traditionen Braunschweigs und die Geschichte der militärischen Insurrektion des Major von Schills und seiner Truppen gegen Napoleon beschrieben. Durch die teils euphemische Schilderung der hasardeurhaften Aktion Schills als „Opfergang“ für Deutschland wirkt die Schrift eher deutschtümelnd-identitätserheischend als dass sie zum Nachdenken motiviert. In den Vordergrund stellt die Festschrift die soldatischen Traditionen Braunschweigs als „Soldatenstadt“, und auch die Chronologie ihrer Militäreinheiten während des Zweiten Weltkriegs, lassen eine noch so entfernteste Kritik am Krieg missen, zumal nicht einmal die fast komplette Zerstörung der Braunschweiger Innenstadt durch das Bombardement in der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober 1944 und dem über zweitägigen Feuersturm benannt, dafür die vielen baulichen und sehenswerten „Winkel und Straßen“ einer jahrhundertalten Vergangenheit beschrieben werden.

Nicht weniger befremdlich erschien der Umstand, dass ausgerechnet am Volkstrauertag nach rund 150jähriger „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich die begonnene Aussöhnung mit Frankreich als ein bedeutsamer Akt für die Völkerverständigung nicht einmal erwähnt wurde. Das Schilldenkmal dagegen symbolisierte nicht nur die Feindschaft gegenüber Frankreich, sondern auch die deutsche Überlegenheit, die mit dem militärischen Sieg über Frankreich 1871 fortgesetzt werden konnte. Dass die Stadt Braunschweig das Schilldenkmal 1955 als Gedächtnisstätte „in enger Zusammenarbeit“ mit den „Kameradschaften“ mit den in Braunschweig ansässigen „Truppenteilen des Heeres und der Luftwaffe“ betrieb, blieb nicht ohne Folgen. Denn die „Neuweihe“ knüpfte nicht an der kommenden Völkerfreundschaft mit Frankreich an, sondern feierte das Sterben während des Überfalls auf Polen – wenngleich einen Tag zuvor, am 03. September, auf dem Braunschweiger Burgplatz zwischen 17:00 und 18:00 Uhr. Zu der Zeit wurden nach dem „Fliegermarsch“ (Jagdgeschwader Richthofen) auch der „Borowa-Marsch“ zur Feuertaufe des Braunschweiger Infanterie-Regiments 17 / 31, Division vom 5. September 1939 (Erstürmung des Borowa-Berges“) gespielt. Zur Ehrung der Eroberung Polen bis einschließlich der Besetzung Warschaws durfte das Regiment an der Siegesparade Hitlers im eroberten Warschau teilnehmen.²

Die Folge: Weitgreifende Lernprozesse für eine historisch-gesellschaftliche Bildung aus Gewaltherrschaft und Krieg wurden nicht abgeleitet. Aufgrund des sich zuspitzenden Kalten Krieges und der damit einhergehenden Wiederbewaffnung entsprach das militärisch – auch gedanklich militärische – Gedenken dem „Zeitgeist“ weitaus besser zu entsprechen. Dass am Schilldenkmal ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme eingerichtet wurde, bei dem die Häftlinge vor ihrem beabsichtigten und bevorstehenden Tod für die Büssing NAG Rüstungsgüter hergestellt hatten, war keine Erinnerung wert.

2. 80er Jahre: Die Braunschweiger Erinnerungskultur im Wandel

Freilich, das galt und gilt keineswegs für alle Braunschweiger, denn nach wie vor war das Gedenken an die Massenmorde in Rieseberg für viele nicht nur ein Thema des Jahres 1933, sondern auch aufgrund der Erfahrungen mit dem Herrschaftssystem, dass sich darauf etablieren konnte, stets ein Aufruf für ein „Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg“. In den 80er Jahren setzten weniger Historiker als vielmehr einzelne Angehörige einzelner Berufe neue Akzente des Nachdenkens über die NS-Herrschaft, darunter der Richter Helmut Kramer über die Rechtsprechung der Sondergerichtsjustiz und der richterlichen Abweisung von Familienangehörigen auf Rehabilitation und Entschädigung, Pfarrer Diedrich Küssner, der die Beteiligung der evangelischen Landeskirche erforschte, der Theologe

¹ Gedächtnisstätte 1939 – 1945 Schilldenkmal; Druckerei Appelhans, Braunschweig o.J. (1955)

² Ebenda, u.a. S. 1, 12 und 24

Joachim Klieme, der die Medizinverbrechen durch Krankenmorde im Rahmen der „Euthanasie“-Politik zur Sprache brachte oder eine freischaffende Forscherin wie Bernhild Vögel, die sich mit den Entbindeheimen und den dort massenhaft verstorbenen Säuglingen von Frauen aus Polen und der Sowjetunion befasste. Ab Anfang der 80er Jahre wurde schließlich auch die Zwangsarbeit von Häftlingen in den Konzentrationslagern der verschiedenen Rüstungsunternehmen öffentliches Thema, allerdings nicht in Braunschweig, sondern den umliegenden Kommunen, darunter Salzgitter (Reichswerke ‚Hermann Göring‘), der Stadt des KdF-Wagens Wolfsburg-Fallersleben und sogar einem einstigen Ort des braunschweigischen Landes, das später zum Landkreis gehörende Vechelde. Abgesehen von dem großen Forschungsprojekt über die Konzentrationslager in Hannover durch eine Forschungsgruppe der Universität Hannover wurden auch diese Forschungen durch private Eigeninitiative betrieben (in Wolfsburg allerdings durch den dortigen Stadtarchivar). Und die meisten der Forschungs- und Erinnerungsarbeiten erfolgten auch nicht durch staatliche Stellen oder wirtschaftliche Entscheidungsträger, sondern mussten sogar erst durch mühsame Auseinandersetzungen mit denselben, teilweise unter vorsätzlicher Diskreditierung des Anliegens, durchgesetzt werden, denn kaum eine der Erinnerungsarbeiten über die verfolgten Menschen fand in der Zeit ohne den Gegenwind durch Altnazis, Partei-konservative Wirtschafts- und Verwaltungseliten statt.

Aber auch ohne dem blieb hingegen in Braunschweig eine Leerstelle, ohne dass sich die mit dem NS-Regime befassten Personen, die mittlerweile sich für Zwangsarbeit interessierenden historisch Forschenden der Hochschulen, Parteien und Gewerkschaften, die vor Jahren gegründeten Geschichtswerkstätten oder gar die kommunalen Entscheidungsträger daran Anstoß genommen hatten. Das Konzentrationslager in Braunschweig für Büssing war schlicht „vergessen“, für wenige, die die Geschichte bereits kannten, nicht vordergründig, zumal der Ort durch eine anderweitige Nutzung „übermalt“ worden war: Dem Volkstrauertag mit militärischer Ehrenformation. Das bedeutete für jeden Forschenden zugleich, nicht nur Erkenntnisse zu sammeln und zu präsentieren, sondern auch in der öffentlichen Auseinandersetzung zeitaufwendig „dicke Bretter“ bohren zu müssen.

3. Eine neue Jugendgeneration fühlt sich auch in Braunschweig nicht gehört

Der Anstoß kam somit zum einen durch eine neue Generation („Generation X“), die schon nicht mehr den Kindern der Kriegsgeneration, sondern eher den Enkeln zuzurechnen waren: Junge Frauen und Männer, die sich in der „Jugend Antifa Aktion“ (JAA) und dem „Antifaschistischen Plenum“ (im Folgenden als JAA), zum anderen durch eine Initiative der Braunschweiger IG Metall, und zwar ihrem Bevollmächtigten Udo Klitzke. Nicht nur ihm war Anfang der 90er Jahre aufgefallen, dass Jugendliche immer weniger bereit waren, sich in Jugendgruppen der großen Organisationen (etwa IG Metall und DGB-Jugend u.v.a.) zu engagieren, sondern auch Sportvereinen und Hilfsorganisationen (DLRG, Feuerwehr u.a.) Nachwuchsprobleme hatten. Bei Phänomenen wie die sich auch in Europa verbreitende Hip-Hop-Kultur oder gar von der Presse als Schreckgespenst beschriebenen „Punk-Krawalle“ versagte bei den konservativ wie liberal orientierten Lebensvorstellungen der „Erwachsenen“ ihre elaborierte Sprache.

Ein Projekt in Braunschweig sollte Abhilfe schaffen: Unter dem Titel „Jugend im Dialog für das Abenteuer Zukunft“ sollten sich Jugendliche der unterschiedlichen Peergroups und „Szenen“ in ihrem Medium (Hip Hop, Rock-Musik, Malerei, Zeitung u.a.m.) artikulieren (die Erarbeitung erfolgte in Workshops) und ihre Botschaften an Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verbandswesen herantragen und zum Gespräch auffordern.³ Das Vorhaben, über das u.a. der Regierungspräsident die Schirmherrschaft übernommen hatte, gelang und öffnete für viele Jugendliche neue Formen der Zusammenarbeit und der Debatte mit „denen da oben“ (Dank noch an der Stelle für den Personalchef des Braunschweiger VW-Werkes, der den Hip-Hop-Jugendlichen die vielen Kisten an speziell geeigneten Farbspraydosen finanziert hatte).

4. Eine Antifa-Jugend, die die Finger in die Wunde legt

Doch eine Gruppe tat der etablierten Welt nach der Wiedervereinigung weh: Die Antifa-Jugend. Ihr Anliegen brachte einen Teil der Welt in Braunschweig nicht durch „Randale“, das die Lokale Presse erst unterstellte, sondern durch ihre Suche nach Wahrhaftigkeit, die allerdings nicht konfliktfrei verlief, ins Wanken. Was war geschehen?

Am Volkstrauertag des Jahres 1994 startete die JAA eine Kampagne, um – wie sie darstellte – zum einen die am Schilldenkmal betriebene „Heldenverehrung für die aktuelle deutsche Kriegspolitik“ zu verdeutlichen und zum anderen der „von der Stadt betriebenen Geschichtsfälschung“ entgegenzutreten. Hierbei kam es zwischen Veranstaltungsteilnehmern, darunter auch MdR der Stadt Braun-

³ Die Stadt Braunschweig initiierte zur selben Zeit mit dem Jugendamt das Projekt „Megaphon“, das eine analoge Stoßrichtung hatte.

schweig, und den Jugendlichen der JAA, der Jugendorganisation „Die Falken“ und der VVN-BdA zum Konflikt, weil sie dort das Lied „Die Moorsoldaten“ mit Lautsprechern abspielten.⁴

Der entscheidende Punkt: Beide Gedenkkonzepte waren nicht miteinander vereinbar und beide Konzepte ließen auch keinen Konsens zu, obwohl – wie der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge beteuerte – derselbe auch die Gräber von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen pflegte (allerdings nur, wenn sie unter der Kategorie „Kriegsgräber“ eingeordnet wurden, Anm. d.Verf.). Damit sahen sich der Volksbund und die Politik im Dilemma. Eine eigenständig arbeitende Braunschweiger Jugendgruppe, die von der Erwachsenenwelt nicht die vollständige Wahrheit über die deutsche Geschichte erfahren hatte, forderte eine für sie gesellschaftspolitisch ethisch akzeptable Haltung ein. Das Paradox dabei: Im Grunde kannte auch das Gros der Antifa-Jugend nicht die Geschichte des Büssing-KZ, sondern stieß sich an den für sie „militaristischen Heldenverehrungen“ am Schilldenkmal, wobei von ihnen zunächst die Auslandseinsätze der Bundeswehr als zunehmende Militarisierung von Gesellschaft und Staat kritisiert wurden.⁵

Dass der Konflikt auch nicht zufällig an diesem Ort erfolgte, beruht darin, dass auf der einen Seite Major Schill, der mit seinen Unternehmungen gegen die napoleonische Herrschaft scheiterte, zum deutsch-völkischen Helden gegen den Erzfeind Frankreich avancierte und nach dem Zweiten Weltkrieg das Denkmal erneut eine heldenverklärende Inschrift das Volksbundgedenken zierte, auf der anderen Seite das Bewusstsein darüber, dass hunderte von KZ-Häftlingen an diesem Orte darben und täglich mit dem Tod durch Misshandlungen oder Verhungern rechnen mussten, viele auch nicht überlebt hatten. Der Konflikt verbarg sich somit auch noch in der Geographie des Ortes selbst.

5. Entscheidungsträger im Dilemma und Handlungsdruck

Regierungspräsident Karl-Wilhelm Lange, der zugleich den Vorsitz für die Bezirksgruppe des Volksbundes bekleidete und das Projekt des Dialogs mit den Jugendlichen unterstützte, sah sich nun in einer Situation, in der die Antifa-Jugend nicht nur ein Thema vorbrachte, sondern auch eine Antwort von ihm erwartete, die der tatsächlichen Geschichte des Platzes angemessen war. Die gesellschaftspolitische Brisanz des Themas ließ jedoch keine unverbindlichen Zusagen mehr zu. Stadt wie Regierungspräsident sahen selbst keinen Ausweg aus dem Dilemma, zumal die „Neuweihe“ des Schilldenkmals durch den sozialdemokratischen OB Otto Bennemann vorgenommen wurde, und auch die SPD keinen Anlass sah, seinen Nachlass in Frage zu stellen. Bemerkenswert in dem Zusammenhang ist, dass selbst bei den „Juso-Kulturtagen“ des SPD-Unterbezirks Braunschweig „gegen das Vergessen der nationalsozialistischen Vergangenheit Braunschweigs“ vom 03. bis 29. Januar 1988 mit zwei Dutzend thematisch unterschiedlichen Themen zur NS-Herrschaft von einem Konzentrationslager mit Häftlingen aus dem KZ Auschwitz bei Büssing nicht einmal im Ansatz die Rede war.⁶

Auch wenn es in der Presse zunächst anders klang, und der Vorsitzende des Volksbundes Karl-W. Lange auf das Gedenken zum Volkstrauertag am Schilldenkmal festzuhalten verkündete,⁷ so herrschte doch eher Ratlosigkeit, denn mangelnde Einsicht, dass unter diesen Umständen, nämlich durch die Kenntnis über ein Konzentrationslager, an diesem Ort eine solche Veranstaltung in Zukunft kein dem Frieden und der Versöhnung dienendes Gedenken möglich war. Als Vorsitzender des Volksbund-Bezirks beabsichtigte der Regierungspräsident auch nicht vom Ort der Veranstaltung, der für den Volksbund mittlerweile „Bestandteil der politischen Kultur Braunschweigs und feste Institution“ geworden war, für den Volkstrauertag abzurücken – zumindest nicht „ohne wichtigen Grund“.⁸

⁴ Siehe dazu die Kassette der JAA in der Gedenkstätte Schillstraße u.a. sowie Schriftverkehr und Dokumentensammlung G. Wysocki, die – nach Plan – Ende d.J. der Gedenkstätte zum Verbleib übergeben wird.

Zum Lied die Moorsoldaten und das Absingen zu den Gedenkveranstaltungen in Rieseberg siehe auch G.Wysocki, 90 Jahre nach dem Massenmord und warum das Massaker 1933 in Rieseberg uns auch in Zukunft eine Mahnung sein wird Zur Gedenkveranstaltung in Rieseberg am 04. Juli 2023, als pdf-Datei www.forumgegenrechtsbraunschweig.de

⁵ Siehe dazu das Braunschweiger Schillstraße. Vom Außenkommando des KZ Neuengamme zur Stätte der Verhöhnung der Opfer des deutschen Faschismus und Militarismus; Hrsg: Antifaschistisches Plenum & Jugend Antifa Aktion (JAA), Braunschweig 1995

⁶ Programm abgedruckt in „Es geschah in Braunschweig. gegen das Vergessen der nationalsozialistischen Vergangenheit Braunschweig“, hrsgn. vom JUSO-Unterbezirk Braunschweig, Steinweg Verlag, Braunschweig 1988, S. 143-146

⁷ Braunschweiger-Zeitung vom

⁸ Protokoll der Sitzung vom 20 März 1995 im Gewerkschaftshaus über die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers der Büssing-Werke (Nähe Schilldenkmal) und Gedenkveranstaltungen; Schriftverkehr und Dokumentensammlung G. Wysocki, Anm 4

6. Problemlösung durch politischen Willen – Das „Offene Archiv“ erhält Zustimmung

Den wichtigen und entscheidenden Grund lieferte, initiiert durch die Antifa-Jugend, nunmehr unterstützt durch weitere Gruppen, Partei- und Gewerkschaftsvertreter sowie einige MdR der Stadt. Denn nun schlossen sich viele Braunschweiger Akteure der Auffassung an, dass am Ort eines Konzentrationslagers die Jahrzehnte gepflegte „Institution“ in Frage zu stellen war, und zwar für eine andere Form des Gedenkens. Es folgten wissenschaftliche Gutachten und Darstellungen, dokumentiert und heute zugänglich im Offenen Archiv Schilldenkmal, so dass Stadtrat und Verwaltung, die für Braunschweig einen „Nachholbedarf“ konstatierten, für die Neugestaltung eine Ausschreibung auslobten, in der die Künstlerin Sigrid Sigurdsson mit einem innovativen Konzept, dem des „Offenen Archivs“, überzeugte.

Der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge in Braunschweig schuldet der Antifa-Jugend eher Dank, zumal er einerseits bereits Jahre zuvor den Jugendaustausch mit den europäischen Nachbarländern gefördert hatte, nicht zuletzt an den Gräbern der Zwangsarbeiterinnen und –arbeiter in Salzgitter, andererseits aber in Braunschweig offenbar nicht selbst die Kraft dazu aufgebracht hatte, sich von dem militaristisch anmutenden Gedenken am Volkstrauertag am Schilldenkmal zu lösen. Die darauf folgenden wissenschaftlichen Gutachten und Darstellungen gaben den kommunalen Entscheidern und dem Volksbund eine gesicherte und ausreichende Begründungen, nachdem alle an der Neuerung beteiligten Akteure willens waren, in der Frage einen Konsens zu finden.

Als eine der wenigen regionalen Gedenk- und Dokumentationsstätten weist die Braunschweiger am Büssing KZ / Schilldenkmal trotz der geringen Hausgröße mit ihrem Konzept des „Offenen Archivs“ breit gefächerte Lernräume an wie man sie eher in Berlin (etwa in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, oder der Topographie des Terrors) erwartet: Mit dem Offenen Archiv ist der Künstlerin Sigrid Sigurdsson ein Konzept gelungen, in dem alle von den NS-Verbrechen bis 1945 und nach 1945 betroffenen Familienangehörigen ebenso wie die an der Erhaltung von Demokratie und Rechtsstaat interessierten Bürgerinnen und Bürger zum Gespräch, zu neuen Forschungsüberlegungen, für neue Bildungsansätze und zum gemeinsamen Gedenken zusammenfinden können. In dieser Gedenkstätte wird die Systematik der NS-Herrschaft in ihren verschiedenen Auslese-, Verfolgungs- und Vernichtungsstrategien sichtbar. Als Einführung und Übersicht in die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ist diese Gedenkstätte für die Braunschweiger Bildungskultur unverzichtbar geworden.

Natürlich bedarf es auch konkreter Vertiefungen. Die spezifisch zu behandelnden Themen über die NS-Gewaltverbrechen und Verfolgung, ob die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Verfolgung und Deportation der jüdischen Gesellschaftsmitglieder, die Ermordung von Menschen durch die „Euthanasie-Aktionen“, das Sterben lassen von Kleinstkindern ausländischer Frauen, Hinrichtungen durch die Justiz, Straflagerhaft bis hin zur Zwangsarbeit in einem der vielen Konzentrationslager lassen sich allein schon in dem ehemaligen Land Braunschweig finden und vertiefen. Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Verlegungen von „Stolpersteinen“, Projekte einer online-Topographie sowie die Stadtrundgänge und Exkursionen zu den Themen. In dieser Vollständigkeit werden das Ausmaß und die Durchdringung der Gesellschaft von Gewaltherrschaft überhaupt sichtbar und zeigen in den verschiedenen Berufsgruppen teils eine Normalität auf, unter der selbst eine scheinbar harmlose Moral ebenso wie die von Leistungsanforderungen für einen konstruierten Größenwahn den Alltag zu beherrschen droht.

7. Kollektives Gedächtnis als Daueraufgabe von Erinnerungsarbeit und gesellschaftspolitischem Engagement

Genau das macht den Zukunftswert der Gedenkstätte Schillstraße und des Offenen Archivs aus. Denn auch gut gemeinten Ansätzen drohen Ritualisierung, überbordende Verwaltungsangelegenheiten, Vereinnahmungsansprüche und die Unfähigkeit, Erkenntnisse aus der Geschichte mit dem aktuellen Leben zu verbinden.⁹

Historisch-gesellschaftliche Kulturthemen zu thematisieren bleiben dagegen wesentliche Bestandteile der Erinnerungsarbeit und sind – angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage und der Rolle Deutschlands – mehr denn je existentielle Fragen. Diese beginnen im Fall der Morde vor und in Rieseberg und schließen angesichts der Brutalisierung des NS-Regimes als Ergebnis KZ-Lager wie das am Schilldenkmal ein. Die Arbeit am kollektiven Gedächtnis, das letztlich ein Ergebnis politischer Bildungsarbeit ist, endet aber nicht dort. Denn allein schon die Auseinandersetzungen um das Gedenken am Volkstrauertag sind somit selbst eine Phase der Geschichte, und zwar eines kulturellen Kampfes

⁹ Siehe dazu auch in der Braunschweiger-Zeitung den Beitrag von Andreas Eberhard am 10. Mai 2025 „Bleiernes Erinnern zum Kriegsende-Jahrestag“.

(oder bis 1994 seiner Unterlassung) um das kollektive Gedächtnis einer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Das Offene Archiv ist ein Ort der politischen und ethischen Bildung. Es zielt auf Erinnerung und Wachsamkeit durch den öffentlichen Dialog. Wer Erfahrungen und Erkenntnisse über die genannten Themen einbringen und diskutieren will, findet dort einen Raum, der gleichzeitig die Verbindung zu den anderen Dimensionen des NS-Regimes herstellt und gleichzeitig die Haltung gegenüber den aktuellen Zumutungen in Gesellschaft und Politik stärken kann. Das macht das Offene Archiv zu einem Ort der der kollektiv-politischen Bildung durch eben kollektive Erinnerung und den Austausch über die verschiedenen Facetten von Herrschaft und Gedanken darüber, welche Zumutungen uns aktuell bedrohen und wie wir uns dagegen wehren können.

Verfolgte, die die NS-Terrorherrschaft überlebt haben, gibt es kaum noch, und die jungen Generationen werden eigene, neue Probleme bewältigen müssen. Sie werden die Zeitgeschichte überwiegend medial vermittelt aufnehmen können. Die Gedenkstätte Schillstraße und der Trägerverein beabsichtigen deshalb weitere Aufgaben wahrzunehmen, wobei sich das Engagement gegen Rechtsextremismus, Nationalismus und Rassismus u.a. demokratiefeindlichen Entwicklungen richten will.¹⁰ Rechts-extremistische Entwicklungen tendieren stets zu gewaltsamen Umsetzung ihrer Politikkonzepte. Das gilt – wie wir in der Staatenwelt derzeit sehen – nicht nur für faschistische Regime, für die Krieg sogar konstitutiv ist. Vor den Gefahren einer iterativen – sprich stufen- oder „scheibchenweisen“ – Aushöhlung und Beseitigung von Demokratie und Gerechtigkeit, vor unnötigen Beteiligungen an zum Krieg führenden Eskalationsentwicklungen oder gar in kriegerischen Auseinandersetzungen oder vor Verstößen gegen Völkerrecht sind auch rechtsstaatliche verfasste Länder nicht gefeit. Das Gedenken in Rieseberg am 04. Juli wird uns wieder daran erinnern, weil beide Orte Rieseberg als Ort des Massenmordes 1933 und Gedenkstätte Schilldenkmal am Ort eines 1944/45 mit für den Tod vorgesehenen KZ-Häftlingen zusammengedacht werden müssen.

25. Juni 2025 Gerhard Wysocki



Rieseberg 13 Jahre nach dem Massenmord: „Tausende waren dabei,“ schreibt die BZ, als am 04. Juli 1946 für die in Rieseberg Ermordeten ein Mahnmahl eingeweiht wurde. (BZ vom 28. September 1980)

¹⁰ Siehe dazu auch in der Braunschweiger-Zeitung den Beitrag von Ann Claire Richter am 07. Mai 2025 „Dem Rechtsruck entgegen“.